Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Gemeinderats der Stadt Lörrach am Donnerstag, 25. Juni 2015

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Michael Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg, Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek (bis 20.35 Uhr), Denzer (bis 20.30 Uhr), Escher, Glattacker, Gula (bis 21.15 Uhr), Herzog, Heuer (bis 19.15 Uhr), Höfler, Jaenisch, Kiefer, Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Perinelli (bis 20.30 Uhr), Pichlhöfer, Roßkopf, Salach (bis 20.30 Uhr), Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler
Entschuldigt:	Di Prima, Krauel, Salinas De Huber, Schlecht, Vogel, Wiesiollek
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spingler Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiterin Staub-Abt (bis 20.15 Uhr) Geschäftsführerin Stöcker (bis 20.15 Uhr) Leiterin Büro des Vorstands Williams Fachbereichsleiter Bühler (bis 19.20 Uhr) Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Krieger (bis 20.30 Uhr) Fachbereichsleiter Schwenzer Fachbereichsleiter Sproß (bis 20.30 Uhr) Fachbereichsleiter Welz (bis 18.00 Uhr) Fachbereichsleiter Wipf (bis 20.30 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Büche (bis 18.00 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Hain (bis 18.00 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Kropf (bis 20.50 Uhr) Frau Dahms (bis 19.40 Uhr) Frau Moser (bis 19.00 Uhr) Herr Adams (bis 18.00 Uhr) Herr Muffler (bis 19.00 Uhr) Herr Muffler (bis 19.00 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Roßkopf und Stadtrat Claassen
Schriftführung:	Frau Heinze und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr

20.55 Uhr

Ende:

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung meldet sich <u>Stadträtin Höfler</u> zu Wort und dankt im Namen des Gemeinderats den Fachbereichsleitern Schwenzer und Wipf, die zum Monatsende in den Ruhestand treten, für deren Arbeit.

Der Vorsitzende bittet aufgrund eines Termins von Burghof-Geschäftsführer Muffler, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 an zweiter und dritter Stelle zu behandeln. Der Gemeinderat hat hiergegen keine Bedenken.

TOP 1 Vorstellung Jahresbericht 2015 des Gutachterausschusses - mündl. Bericht

<u>Fachbereichsleiter Welz</u> und <u>stellv. Fachbereichsleiter Hain</u> stellen dem Gremium den Jahresbericht 2015 des Gutachterausschusses der Verwaltungsgemeinschaft Lörrach und Inzlingen vor (Anlage 1). Den Fraktionsvorsitzenden sei bereits ein Exemplar des Berichts zugegangen.

<u>Fachbereichsleiter Welz</u> erläutert die Aufgaben des Gutachterausschusses sowie den Berichtsinhalt. Er geht auf den Immobilienmarkt der vergangenen Jahre zwei Jahre ein und informiert, dass ca. 1.000 Kauffälle in 2014 angefallen seien und dies im Verhältnis zur Einwohnerzahl sehr hoch sei. Erstmals seien die Bodenrichtwerte in allen Zonen angestiegen. Die Werte können im Geoportal im Internet abgerufen werden.

<u>Stellv. Fachbereichsleiter Hain</u> berichtet über die dramatischen Veränderungen bei den Preisen von Eigentumswohnungen, insbesondere bei Neubauten. Die Daten der Neubauwohnungen und erforderlichen Daten der Wertermittlung, welche hauptsächlich für Wertgutachten verwendet werden, können dem Jahresbericht entnommen werden. Dieser Bericht könne für 30 € erworben werden.

<u>Stadtrat Heuer</u> dankt für den Bericht und die wertvolle Arbeit. Er vermutet, dass sich die Situation in 2015 noch weiter verschärfe. Er lobt die neutrale Bewertung von Grundstücken durch den Fachbereich Vermessung und Grundbuch.

<u>Stadtrat Bernnat</u> bedankt sich ebenfalls für den Bericht, der zeige, dass man sich mit dem Thema beschäftigen müsse.

<u>Stadtrat Claassen</u> hält die Verkaufszahlen und die Ableitungen hieraus für wichtig. Ein geringes Immobilienangebot habe hohe Preise zur Folge. Der Bericht sei eine hervorragende Arbeit.

Stadträtin Kurfeß und Stadtrat Perinelli schließen sich dem Dank an.

<u>Der Vorsitzende</u> pflichtet dem bei. Vor dem Hintergrund dieses Zahlenwerks seien vielfältige Themen anzugehen.

TOP 7

Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Lörrach,

Jahresabschluss 2014 Vorlage: 090/2015

<u>Der Vorsitzende</u> stellt den Tagesordnungspunkt vor. Angesichts der ausführlichen Vorberatung im Hauptausschuss werde auf eine nochmalige Erläuterung der Vorlage verzichtet.

<u>Stadtrat Heuer</u> erklärt, dass alles ordnungsgemäß verbucht wurde und das bedauerliche Ergebnis des Jahresabschlusses 2014 zur Kenntnis genommen werde.

Auch <u>Stadtrat Bernnat</u> sieht den Verlust als begründet an. Er sowie die <u>Stadträte Claassen</u>, <u>Wernthaler und Perinelli</u> stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Lörrach (Burghof Lörrach GmbH) der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014, dem Vortrag des Jahresfehlbetrages von 361.372,93 Euro auf neue Rechnung und der Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung zuzustimmen.

TOP 8

Kulturbeitrag 2016-2018 für die Burghof GmbH; Verlustausgleich Vorlage: 088/2015

<u>Der Vorsitzende</u> erläutert das Anliegen der Beschlussvorlage. Die Erhöhung des jährlichen Kulturbeitrages um 120.000 € stelle keinen geringen Betrag dar, jedoch seien die Personalkosten flächendeckend angestiegen. Die Anforderungen an das Burghof-Programm seien weiterhin ambitioniert. Der Burghof und das Stimmen-Festival seien eine überregionale Marke, deren Umwegrentabilität es noch zu ermitteln gelte. Im Ältestenrat und im Hauptausschuss sei die Thematik ausführlich vorgestellt worden.

<u>Stadtrat Heuer</u> erklärt, dass man die bisherige Arbeit des Burghofs schätze, gleichwohl einer Beitragserhöhung für die nächsten drei Jahre nicht folgen könne. Zunächst sollte das diesjährige Stimmen-Festival sowie die neue Saison abgewartet werden. Des Weiteren wolle er noch weitere Gespräche führen, um die Situation besser verstehen zu können. Eine Diskussion über die Eintrittspreise halte er ebenfalls für erforderlich.

<u>Stadtrat Bernnat</u> erklärt, dass die SPD-Fraktion mehrheitlich dem Beschlussvorschlag folgen werde. Der Burghof sei etwas Besonderes mit besonderem Programm und Kultur benötige Investitionen. Er verweist auf ein Zitat des ehemaligen Geschäftsführers Helmut Bürgel über Mut und Risiko im Kulturbetrieb. Des Weiteren hält er angesichts der trinationalen Agglomeration eine Diskussion über die Herkunft des Publikums nicht für sachdienlich. Zudem sei der Gemeinderat nicht das richtige Gremium.

<u>Stadtrat Claassen</u> hält den Verlustausgleich, die Kapitalaufstockung sowie die Beitragserhöhung für den richtigen Weg, gleichwohl bleibe der Ansatz für den Burghof ambitioniert. Er stellt richtig, dass der Burghof hiernach keinen Jahresüberschuss erzielen werde, sondern weiterhin zu subventionieren sei. Er lobt die Einwerbung der außergewöhnlich hohen Sponsorengelder und schlägt vor, mit den weiteren Gesellschaftern über eine Aufstockung des Stammkapitals zu sprechen.

<u>Stadtrat Wernthaler</u> erklärt, dass die Erhöhung des Kulturbeitrags viel Geld sei, welches jedoch im Burghof gut angelegt werde. Die Einbindung regionaler Künstler, die kulturelle Bildung sowie die guten Eigenproduktionen des Burghofs seien wichtige Bestandteile. Er kritisiert jedoch einen fehlenden Kultur- und Leistungsvertrag und bittet um Erläuterung der geplanten Investitionen in das Gebäude und den erhöhten Gebäudezuschuss.

<u>Fachbereichsleiter Kleinmagd</u> informiert, dass das in der Anlage 2 dargestellte Defizit des "Betriebszweigs Gebäude Burghof" u. a. durch die hohe Abschreibung beeinflusst werde.

<u>Stadtrat Lusche</u> stellt dar, dass die CDU-Fraktion den Burghof und das Stimmen-Festival nicht in Frage stelle, angesichts der Dimension der Beitragserhöhung jedoch eine vertiefte Diskussion vor den diesjährigen Haushaltsberatungen fordere. Die Entscheidung müsse in Relation zur Unterstützung der anderen Kultureinrichtungen gesehen werden.

<u>Stadtrat Berg</u> spricht die Strahlkraft des Burghofs an. Des Weiteren habe sich der Gemeinderat in seiner Klausurtagung auf eine breite Kulturlandschaft verständigt.

Von <u>Stadtrat Pichlhöfer</u> wird zu bedenken gegeben, dass die städtischen Finanzmittel nicht uneingeschränkt zur Verfügung stünden und der Burghof künftig besser planen müsse.

<u>Der Vorsitzende</u> erklärt, dass programmatische Änderungen nicht automatisch positive Auswirkungen auf die Finanzsituation bedeuten. Die personelle Besetzung des Burghofs habe man bereits intensiv beleuchtet. Zudem sei die finanzielle Situation von den Fachbereichen Finanzen und Rechnungsprüfung geprüft worden. Die enge Kontrolle werden die Stadt sowie der Aufsichtsrat fortsetzen. Der <u>Vorsitzende</u> berichtet des Weiteren, dass ein einfacher Kultur- und Leistungsvertrag aus dem Jahre 2011 vorliege. In einer weiteren Detaillierung sehe er keinen Vorteil.

<u>Geschäftsführer Muffler</u> macht deutlich, dass Kultur immer ein Bereich sei, der sich rechtfertigen müsse, mit Risiken verbunden und Geschmackssache sei. Er bittet um die Unterstützung der bereits eingeleiteten Maßnahmen und die Zuschussgewährung für die nächsten drei Jahre. Die Mittel seien allein bereits für den laufenden Betrieb des Hauses erforderlich. Zudem werde man sich für einen höheren Eigenanteil und weitere Sponsorengelder einsetzen.

<u>Stadtrat Escher</u> erklärt, dass der aktuelle Fehlbetrag im Vergleich zu den Vorjahren sehr hoch liege und irgendwo eine finanzielle Grenze zu ziehen sei. Er gibt zu bedenken, dass Sponsoren des Burghofs im Gegenzug das Sponsoring von Vereinen einstellen und auch Vereinsereignisse eine Umwegrentabilität erbringen.

<u>Stadträtin Kurfeß</u> spricht sich gegen das Ansinnen der CDU-Fraktion aus. Eine Diskussion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen halte sie für nicht zielführend, zumal im kommenden Jahr auch ein neuer Vertrag für den Burghof anstehe. Eine Erhebung der Umwegrentabilität und des Mehrwertes des Burghofs sei erforderlich. Auf dieser Grundlage könne weiter diskutiert werden.

Von <u>Stadtrat Bernnat</u> wird darauf hingewiesen, dass im Kulturbereich nie wirklich Planbarkeit möglich sei. Er sieht den Burghof substanziell gefährdet, wenn dem Beschlussvorschlag nicht zugestimmt werde.

<u>Fachbereichsleiter Kleinmagd</u> verdeutlicht, dass der erhöhte Kulturbeitrag um 120.000 € ambitioniert aber machbar sein sollte, um den Kulturbetrieb in der bisherigen Qualität weiterzuführen. Der Betrag sei bereits die finanzielle Grenze der Stadt.

<u>Geschäftsführer Muffler</u> erklärt, dass der Aufsichtsrat bereits die Analyse der Umwegrentabilität beauftragt habe und mit dieser voraussichtlich im ersten Quartal 2016 gerechnet werden könne.

<u>Der Vorsitzende</u> hinterfragt den Antrag der CDU-Fraktion und bittet um Erklärung, welche Angaben für die jetzige Entscheidung noch benötigt würden.

<u>Stadtrat Lusche</u> hält das Ansinnen der CDU-Fraktion aufrecht und schlägt eine separate Abstimmung über die zweite Beschlussziffer vor. Die Haltung seiner Fraktion dürfe diesbezüglich nicht als politische Äußerung gegenüber dem Burghof missverstanden werden.

Hierauf stellt der Vorsitzende die Beschlussziffern 1, 3 und 4 sowie die Ziffer 2 getrennt zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Vom Bericht der Verwaltung über die Aufwendungen für Gebäudeunterhaltung, Betriebskosten und Investitionen wird Kenntnis genommen.
- 3. Der Ausgleich der aufgelaufenen Verluste erfolgt vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen 2016 durch eine Aufstockung des Stammkapitals von 1.030.000 Euro um 560.000 Euro auf 1.590.000 Euro. Die Zahlung erfolgt in drei Raten in den Jahren 2016-2018.
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss dem Regierungspräsidium Freiburg gemäß § 108 Gemeindeordnung, vorzulegen.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

2. Für die Jahre 2016-2018 wird der jährliche Kulturbeitrag vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen 2016 um 120.000 Euro auf 1.502.000 Euro erhöht.

TOP 2

Sachstandsbericht über die Projekte der Stadt Lörrach im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) Basel 2020

Vorlage: 077/2015

<u>Der Vorsitzende</u> führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erläutert die Wichtigkeit der Internationalen Bauausstellung (IBA) Basel 2020.

<u>Geschäftsführerin Stöcker</u> stellt sodann anhand von Folien grundlegende Daten und Fakten zur laufenden Bauausstellung vor (Anlage 2). Sie thematisiert unter anderem Schwerpunkte der Bauausstellung, Projektpartner und -phasen sowie Fragen der Finanzierung.

<u>Herr Lüers</u> stellt einzelne IBA Vorhaben der Stadt Lörrach vor, unter anderem die "Mobilitätsdrehscheibe am Zoll Lörrach / Riehen", zu der es eine gesonderte Beschlussvorlage gebe. Ebenso erläutert er das Projekt Hauptbahnhof Lörrach sowie die Arbeit der IBA Projektgruppe Aktive Bahnhöfe.

<u>Fachbereichsleiterin Staub-Abt</u> erläutert das IBA Projekt Wiesionen² mit seinen Teilprojekten wie Renaturierung der Wiese, Pumptrack, Fischweiher usw. und der geplanten Vernetzung der verschiedenen Projekte.

<u>Geschäftsführerin Stöcker</u> fasst die Ergebnisse der bisherigen Arbeiten im Rahmen der Internationalen Bauausstellung nochmals zusammen.

Der Vorsitzende dankt für die Berichte und Darstellungen.

<u>Stadtrat Lusche</u> bedankt sich für die Berichte. Die Fraktion der CDU wolle die Berichte zustimmend zur Kenntnis nehmen. Er bittet um eine klare Außendarstellung. Die Projekte im Rahmen der Bauausstellung müssten für den Bürger vereinfacht und klar verständlich nach außen kommuniziert werden. Die Trinationalität biete große Chancen und Herausforderungen.

<u>Stadtrat Heuer</u> gibt an, dass bereits 300.000 Euro von der Stadt Lörrach für Organisationskosten an die IBA geflossen seien. Man müsse an dieser Stelle darauf hinweisen, dass damit noch keine Projektkosten gedeckt sind.

<u>Stadtrat Bernnat</u> gibt an, dass die Fraktion der SPD die Vorlage zustimmend zur Kenntnis nehmen wolle. Der trinationale Gedanke müsse gelebt werden, gerade in Zeiten aufkommenden Nationalismus. Bei den Themen Ökologie und Mobilität handle es sich um

große und wichtige Themen. Die vergangenen internationalen Bauausstellungen seien sehr beeindruckend gewesen. Sie hätten dazu beigetragen, den Strukturwandel in den Regionen aufzuzeigen und nachvollziehbar zu machen.

<u>Stadtrat Claassen</u> freut sich über die tollen Ideen und Projekte im Rahmen der internationalen Bauausstellung. Es sei toll, dass vor allem auch die Industriegeschichte der Region in den Mittelpunkt rücke.

<u>Stadtrat Wernthaler</u> freut sich über das gemeinsame Projekt über Grenzen hinweg. Es sei sehr wichtig, dass die Bevölkerung bei den Projekten mitgenommen werde. Die internationale Bauausstellung sei noch nicht gänzlich in der Bevölkerung angekommen.

<u>Stadtrat Perinelli</u> gibt an, dass er die IBA grundsätzlich als sehr positiv empfinde. Die geplante S-Bahn-Haltestelle "Am Zoll" halte er jedoch für nicht notwendig.

<u>Der Vorsitzende</u> erklärt, dass entsprechende Studien zum Stadtbusgutachten in den kommenden Sitzungen vorgelegt werden sollen.

<u>Stadträtin Martin</u> wolle wissen, ob das Stauwehr in Tumringen im Rahmen des Wiesionen² Projektes erhalten bleibe.

Bürgermeister Dr. Wilke antwortet, dass das Stauwehr bestehen bleibe.

<u>Der Vorsitzende</u> betont, dass künftig darauf Wert gelegt werden solle, dass die Bevölkerung umfassend in die Planungen und Projekte der IBA eingebunden werde.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Bericht zum Sachstand der IBA-Projekte der Stadt Lörrach wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

TOP 3

Masterplan Mobilität Fortschreibung 2015 Vorlage: 076/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

<u>Bürgermeister Dr. Wilke</u> erklärt, dass die Vorlage bereits im Ausschuss für Umwelt und Technik intensiv vorberaten worden sei. Die Ziele des Masterplans Mobilität würden auch in der Schaffung von Transparenz im gemeindlichen Handeln liegen. Zukunftsfähige Mobilitätslösungen müssten im Rat diskutiert werden. Der Masterplan trage auch dazu bei, emotional aufgeladene Debatten der Vergangenheit künftig zu versachlichen und thematische Schwerpunkte zu setzen. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung seien schon viele Gespräche geführt worden. Man wolle weiter die Partizipation der Bevölkerung fördern. Es sei nun

analysiert worden, welche Maßnahmen aus dem Masterplan bereits durchgeführt wurden und welche Maßnahmen noch ausstehen. Die Fortschreibung des Masterplans erfolge grundsätzlich im Rahmen der Haushaltsberatungen. Eine Neuberatung des Plans erfolge hingegen nicht. Momentan besitze der Masterplan noch eine hohe Aktualität. Im Laufe der Zeit müsse der Masterplan dann gegebenenfalls angepasst werden. Nach wie vor stehe hierbei das Thema Mobilität im Vordergrund und nicht das Thema Verkehr.

<u>Stadtrat Escher</u> hält die Vorlage für überzogen. Die Fortschreibung des Plans sei kaum erkennbar. Es gebe keine Steigerungen bei der Qualität des Plans und nur wenig Fortschritt. Es brauche nun endlich ein Gesamtverkehrskonzept für die Stadt Lörrach. Hierbei müsse auf Neutralität zwischen den unterschiedlichen Verkehrsmitteln geachtet werden. Wichtig seien auch die Sanierung von verschiedenen Straßen und Bordsteinabsenkungen innerhalb des Stadtgebiets. Die Velohalle habe sich bisher als wenig erfolgreich erwiesen. Die Finanzierung der Untersuchung der Schrankenschließzeiten werde hingegen doppelt genannt. Er bittet ausdrücklich um die Vorlage eines Gesamtverkehrskonzeptes.

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass sie die Fortschreibung des Masterplans für sinnvoll halte. Der Masterplan bilde eine gute Diskussionsgrundlage. Es sei wichtig, dass die Themen Mobilität, Verkehr und Wohnen aufgegriffen werden. Beim Thema Mobilität müsse man gemeinsam vorankommen. Es wurde in den letzten Jahren viel für ein leistungsfähiges Straßennetz getan. In Sachen Wiesentalstraße wolle die Fraktion der SPD die Verwaltung jederzeit nach Kräften unterstützen. Hilfreich für die kommenden Diskussionen sei vor allem der Blick auf den Modal split. Es gehe letztlich darum, noch mehr Alternativen zum Autofahren zu bieten. Deswegen müsse auch der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut und optimiert werden. Sie verweist hierbei auf die Anträge der SPD-Fraktion zu Kurzstreckentarifen und Stadtbusnetz. Die Steigerung der Aufenthaltsqualität sei als Querschnittsaufgabe zu betrachten. Auch hinsichtlich des Dienstleistungszentrums brauche man eine gute Lösung. Vielleicht sei es die beste Lösung, wenn der Investor das Grundstück wieder verkauft. Es gebe auch noch andere Möglichkeiten und Maßnahmen, mit denen man eine Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erreichen könne. Wichtig sei hier vor allem die Beteiligung der Bürger. Die Fraktion der SPD wünsche sich zudem mehr Maßnahmen zur Überwachung der Verkehrssicherheit und mehr Verkehrskontrollen.

<u>Stadtrat Claassen</u> wolle nochmals auf die Entwicklung des Masterplans Mobilität hinweisen. Er finde es schade, dass die Aufarbeitung der Ergebnisse der Klausur des Gemeinderats erst zum jetzigen Zeitpunkt wieder aufgegriffen werde. Dies hätte deutlich früher geschehen müssen. Der Masterplan sei indes nicht fortgeschrieben worden. Auf der Seite 18 fehle ein Hinweis auf die Prüfung einer Möglichkeit des Fahrbetriebs nach der Straßenbahnbetriebsordnung (StraßabO). Zudem fehle ein Hinweis auf eine Mobilitätsdrehscheibe am Bahnhof Haagen. Grundsätzlich seien die Arbeiten und Maßnahmen im Rahmen des Masterplans als gut zu bewerten. Hervorzuheben sei die gute Beteiligung der Bürger.

<u>Stadtrat Berg</u> führt aus, dass nach wie vor die Klimaneutralität im Mittelpunkt stehe. Die Ziele des Masterplans seien vor diesem Hintergrund entwickelt worden. Nun müsse man darüber sprechen, wie man das Ziel der Klimaneutralität erreichen könne. Man brauche

hierfür die richtigen Konzepte. Auch im Bereich Mobilität bestehe nach wie vor Handlungsbedarf. Die Aufenthaltsqualität habe in den letzten Jahren stagniert. Auch hier brauche es vor allem Maßnahmen, die für den Bürger sichtbar sind. Zudem müsse der Hebelpark endlich angegangen werden.

<u>Bürgermeister Dr. Wilke</u> erklärt, dass die Fortschreibung des Masterplans analog zu den Zielen aus den Leitbildprozessen erfolgte. Es gebe regelmäßig Rechenschaftsberichte über die aus dem Masterplan abgeleiteten Maßnahmen. Die Studie zu den Schrankenschließzeiten werde demnächst vorgelegt. bezüglich der Wiesentalstraße gehe man noch in dieser Woche mit Vertretern des Regierungspräsidiums ins Gespräch. Ein Betrieb der Regio-S-Bahn nach der Straßenbahnbetriebsordnung werde derzeit geprüft. Dieser könne dann auch Auswirkungen auf die Schrankenschließzeiten haben. Die Sanierung des Hebelparks werde zeitnah angegangen. Momentan würden erste Planungen entwickelt, die dann auch bald den Gremien vorgestellt werden sollen.

<u>Stadtrat Claassen</u> geht nochmals auf die Velohalle ein. Er wolle wissen, welche Perspektive sich der Velohalle in der Zukunft biete und welche Zielgruppen man für eine Nutzung der Velohalle ansprechen wolle.

<u>Stadtrat Böhringer</u> äußert, dass man nicht immer alles zu lange prüfen und überprüfen dürfe. Man müsse die Bevölkerung mitnehmen und dann Beschlüsse fassen.

<u>Stadtrat Perinelli</u> merkt an, dass die S-Bahn zwischen Karlsruhe und Heilbronn sowohl nach der Straßenbahnbetriebsordnung als auch nach der Eisenbahnbetriebsordnung betrieben werde.

<u>Stadtrat Berg</u> moniert, dass es zu Beginn der Inbetriebnahme der Velohalle verschiedene Probleme für die Nutzer der Anlage gegeben habe.

<u>Stadtrat Escher</u> wirft ein, dass ein zu erstellendes Gutachten neutrale Vorschläge zur Gesamtverkehrssituation aufzeigen müsse.

Stadtrat Lusche bittet um Beendigung der Debatte.

<u>Der Vorsitzende</u> führt aus, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen weitere Schwerpunkte gesetzt werden könnten.

Sodann wird die Fortschreibung 2015 des Masterplan Mobilität wird zur Kenntnis genommen.

TOP 4

Ausbau der Schulsozialarbeit

Vorlage: 082/2015

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die Vorberatung im

Hauptausschuss.

Stadträtin Jaenisch bittet das Vorhaben kritisch zu begleiten, damit die Stadt nicht die Aufgaben des Landes übernehme. Zudem würde sie den Einsatz von männlichem Perso-

nal in der Schulsozialarbeit begrüßen.

Die Stadträte Bernnat und Lindemer sowie Stadträtin Kurfeß stimmen im Namen ihrer

Fraktionen der Beschlussvorlage zu.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung von insgesamt 2,0 zusätzlichen Stellen für

Schulsozialarbeit zum Schuljahr 2015/16 zu. Die Zustimmung erfolgt unter dem Vorbehalt der Kofinanzierung durch das Land Baden-Württemberg und den Landkreis

Lörrach.

2. Die Trägerschaft für die zusätzlichen Stellen richtet sich nach den bereits vor Ort akti-

ven Trägern an den beiden Schulstandorten.

3. Die überplanmäßige Ausgabe in 2015 in Höhe von 13.700 Euro wird genehmigt. Ent-

sprechende Mittel werden hierfür bei den betreffenden Kostenstellen bereitgestellt.

TOP 5

Seniorenarbeit bei der Stadt Lörrach

Vorlage: 015/2015

Bürgermeister Dr. Wilke stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor. Nach zwei Jahren werde man die Stelle des/der Seniorenkoordinators/in eruieren. Da man mit der Arbeit

von Beiräten gute Erfahrungen gemacht habe, habe man sich hieran orientiert. Die Aufgabe des Beirates sehe er darin, die Verwaltung für die Belange von Senioren zu sensibili-

sieren.

Stadtrat Dr. Vogelpohl sieht in der Einrichtung eines Seniorenbeirats eine lange Forde-

rung der CDU und stimmt dem Vorhaben zu.

Stadträtin Cyperrek schließt sich der Zustimmung an und begrüßt die Beteiligung von Senioren jeglicher Glaubensrichtung. Sie hält die Stelle eines/r Seniorenkoordinators/in

für erforderlich, sieht in der Eingruppierung und dem Beschäftigungsumfang jedoch noch

Diskussionsbedarf. Über die Stelle sei bereits vor Ablauf der zwei Jahre zu sprechen.

- 10 -

<u>Stadträtin Herzog</u> unterstützt das Anliegen der Vorlage und ist gespannt auf die Arbeit des Seniorenbeirats und -koordinators.

Auch <u>Stadträtin Martin</u> hält den Beschäftigungsumfang von 50% für gering, stimmt aber der Vorlage zu.

<u>Stadtrat Perinelli</u> fragt nach, ob die Seniorenarbeit nicht Aufgabe des Landkreises sei. Der <u>Vorsitzende</u> stellt dar, dass es sich hierbei um keine Sozialleistung handle und die Stadt auch für ihre älteren Bürger zuständig sei. Er stimmt zu, dass über die Stelle des/der Seniorenkoordinators/in vor Ablauf der zwei Jahre zu sprechen sei.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Der Bildung eines Seniorenbeirates für die Stadt Lörrach entsprechend dem vorgelegten Geschäftsordnungsentwurf wird zugestimmt.
- 2. Die Position einer/eines Seniorenkoordinatorin/Seniorenkoordinators wird geschaffen und im Stellenplan 2016 hierzu eine Stelle im Umfang von 50 % in Entgeltgruppe 9 nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst ausgebracht.
- 3. Die Stelle der/des Seniorenkoordinatorin/Seniorenkoordinators wird öffentlich ausgeschrieben und zunächst für 2 Jahre besetzt.

TOP 6

Abschluss der Jahresrechnung 2014 -Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2015 Vorlage: 089/2015

<u>Stadtrat Böhringer</u> fragt, was es mit den roten Zahlen und den Sperren in der Übersicht der Ermächtigungsübertragungen auf sich habe. <u>Fachbereichsleiter Kleinmagd</u> erklärt, dass die Fehlbeträge mit Mitteln aus dem Folgejahr ausgeglichen werden müssen.

<u>Stadtrat Pichlhöfer</u> möchte wissen, warum der abgelehnte Klimarundweg und die Kleinwindkraft noch in der Aufstellung enthalten seien. <u>Fachbereichsleiter Kleinmagd</u> berichtet, dass der Fachbereich Umwelt und Klimaschutz die Mittel beantragt habe.

<u>Bürgermeister Dr. Wilke</u> berichtigt, dass die Mittel für den Klimarundweg zu streichen seien. Hinsichtlich der Kleinwindkraft werde das Projekt mit der badenova und dem Innovationsfond weiterverfolgt.

<u>Stadträtin Höfler</u> spricht die Überschreitungen im Personalbudget und im Bereich der Kinderbetreuung an.

<u>Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer</u> erklärt, dass die Personalmehraufwendungen insbesondere durch den Tarifabschluss, die verstärkten Einstellungen im Erzieherbereich,

die gestiegene UKBW-Umlage sowie die höheren Entschädigungssätze der freiwilligen Feuerwehr entstanden seien.

Auf Nachfrage von <u>Stadtrat Lusche</u> informiert sie, dass noch keine Zahlen zum Tarifabschluss im Erzieherbereich beziffert werden könnten.

<u>Fachbereichsleiter Kleinmagd</u> stellt dar, dass die Mehraufwendungen für die Kinderbetreuung durch das Gesamtbudget des Fachbereichs Jugend/Schulen/Sport ausgeglichen werden.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Mittel aus der Budgetabrechnung werden nach den vom Gemeinderat beschlossenen Budgetregeln zu 50% übertragen. Die Schulbudgets sowie das Globalbudget Kultur werden zu 100% übertragen.

Davon abweichend wird der Übertrag gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage genehmigt. Die Ermächtigungsübertragungen aus Verwaltungsbudgets betragen

4.408.330,49 Euro

2. Die Restmittel bei den Grundstückskäufen werden übertragen in Höhe von

668.233,90 Euro

3. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass folgende Investitionsmittel kraft Gesetz nach § 21 (1) GemHVO übertragen werden:

Laufende Maßnahmen und abgeschlossene, noch nicht abgerechnete Maßnahmen

7.338.245,26 Euro

Summe 1. bis 3.

12.414.809,65 Euro

TOP 9 Nachbereitung Gemeinderatsklausur Vorlage: 097/2015

<u>Der Vorsitzende</u> führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein. Der Gemeinderat diskutiere weitere Angelegenheiten, die dann bei den Haushaltsberatungen Berücksichtigung finden würden. Auch einige Ziele aus dem Mobilitätsbereich sollen in den nächsten Jahren in Haushaltsberatungen eingebracht werden.

<u>Stadträtin Höfler</u> bedankt sich für die Vorlage. Alle wichtigen Punkte seien darin aufgeführt. Einiges habe sich bereits erledigt und einige Angelegenheiten liefen noch. Sie fragt zudem nach dem Parkplatz Vogelbachareal.

<u>Stadträtin Gula</u> bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorlage und für die optimale Durchführung der Klausurtagung.

<u>Stadträtin Kurfeß</u> schließt sich dem Dank an und betont ebenso die optimale Durchführung der Klausurtagung. Die Entwicklungschancen der Stadt müssten genutzt werden. Es gebe viele Menschen, die in die Stadt Lörrach ziehen wollen würden. Der bisherige Prozess müsse fort- und weitergeführt werden. Man müsse sich auch an neue Entwicklungen herantrauen. Hierbei müsse der Gemeinderat Mut zeigen. Gerade in Bezug auf das Thema Wohnen müsse sich dringend etwas tun.

Der Vorsitzende wolle die Anregungen gerne aufnehmen.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat nimmt von der Auswertung der Gesamtergebnisse der Klausur am 27. und 28. Februar 2015 und dem daraus abgeleiteten Aktionsplan Kenntnis.
- 2. Der Gemeinderat wird die strategischen Festlegungen im Rahmen der Diskussion der Ziele für das Jahr 2016 und in dem anstehenden Leitbildprozess weiter konkretisieren.
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen und Projekte auf den Weg zu bringen und die entsprechenden Vorlagen in die Gremien einzubringen.

TOP 10 Änderung der Gremienbesetzung Vorlage: 074/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der geänderten Gremienbesetzung ab 1. Juli 2015 wird zugestimmt.

TOP 11 Zusätzliche Mittel für Umbau Stadtmission

Vorlage: 095/2015

<u>Der Vorsitzende</u> führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt, dass für den Ausbau des Gebäudes der evangelischen Stadtmission zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen. Zudem wäre ein gemeinsamer Antrag der SPD und CDU angekündigt, den Aufzug bis in das Untergeschoss zu führen, damit auch die Lagerräume über einen Aufzug erreichbar sind.

<u>Stadtrat Bernnat</u> führt aus, dass die Fraktionen der SPD und der CDU einen gemeinsamen Antrag auf den Einbau eines Aufzuges stellen (Anlage 3). Der zusätzliche finanzielle Aufwand belaufe sich auf rund 50.000.00 Euro.

<u>Der Vorsitzende</u> gibt an, dass der Einbau eines solchen Aufzuges technisch machbar sei. Auch er halte den Einbau eines solchen Aufzuges für sinnvoll, da so auch die Nutzbarkeit des Gebäudes wesentlich verbessert werden könne. Hierbei sei es sinnvoll, alle Stockwerke zu erschließen.

<u>Stadtrat Wernthaler</u> signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Er wolle wissen, ob 50.000,00 Euro für die Maßnahme ausreichend seien.

<u>Fachbereichsleiterin Buchauer</u> gibt an, dass es sich bei den 50.000,00 Euro lediglich um eine Schätzung handle, eine Planung des Architekten gäbe es hierzu noch nicht.

<u>Der Vorsitzende</u> gibt an, dass damit für die neue Spielstätte von tempus fugit insgesamt 267.000,00 Euro plus weitere 50.000 Euro zur Verfügung gestellt werden müssen.

Stadtrat Claassen bittet darum, den Betrag zu deckeln.

<u>Der Vorsitzende</u> lehnt eine Deckelung des Betrags ab. Man müsse eine grundsätzliche Entscheidung treffen.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt für den Umbau des Gebäudes Adlergässchen 13 zum barrierefreien Theaterhaus für Tempus fugit e.V. zusätzliche Mittel in Höhe von 167.000,- Euro zur Verfügung zu stellen. Somit erhöht sich die Zuschusssumme von 100.000,- Euro auf 267.000,- Euro.

Der Gemeinderat beschließt für den Umbau des Gebäudes Adlergässchen 13 zum barrierefreien Theaterhaus für Tempus fugit e.V. darüber hinaus weitere 50.000,- € für die Aufzugserschließung des Untergeschosses zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt ergibt sich daraus eine Zuschusssumme von 317.000,- €. Die Mittel in Höhe von 217.000,- Euro sind überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

TOP 12

Städtebaulicher Vertrag "Am Lingert"

Vorlage: 091/2015

<u>Der Vorsitzende</u> führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat den folgenden Beschluss:

1. Dem städtebaulichen Vertrag wird zugestimmt.

TOP 13

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Talkrunde der AG Fahrradfreundliche Kommune

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass am 14. Juli, 18.30 Uhr im alten Rathaus (VHS-Gebäude) eine Talkrunde der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommune stattfinde.

TOP 14

Allgemeine Anfragen

Friedhofsmauer Tumringen

Stadtrat Pichlhöfer wolle wissen, wann die Friedhofsmauer in Tumringen angegangen werde.

<u>Fachbereichsleiterin Buchauer</u> gibt an, dass die Thematik in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales aufgegriffen werden solle.

TOP 15

Fragestunde der Bürger

keine

TOP 16 Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 16.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 30. April 2015
- 16.2 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 21. Mai 2015

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende: gez. Lutz

Urkundspersonen: gez. Roßkopf und Stadtrat Claassen Schriftführung: gez. Heinze / Ockenfuß